



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Hanno Wilhelm, Vom Umgang mit nationaler Erinnerung im lokalen Gedächtnis: Das Beispiel des Berlin-Gedenksteins in Paderborn im geschichtlichen Zusammenhang. Mit einer Vorbemerkung von Barbara ...

Vom Umgang mit nationaler Erinnerung im lokalen Gedächtnis: Das Beispiel des Berlin-Gedenksteins in Paderborn im geschichtlichen Zusammenhang

von Hanno Wilhelm

Vorbemerkung

Erinnerungskultur gehört heute zu den zentralen Forschungsfeldern der Historischen Kulturwissenschaft.¹ Zahlreiche Untersuchungen beschäftigen sich mit der Frage: Wie ist heute sichtbar, was früher einmal war? Sie gehen von der Tatsache aus, dass Erinnerung immer auch Deutung ist. Wer sich erinnert, beschreibt nicht wie etwas gewesen ist, sondern er erinnert an ein geschichtliches Ereignis oder eine geschichtliche Person im Zusammenhang mit der Bedeutung, die dieses Ereignis und diese Person für die jeweilige Gegenwart hat. Ausgangspunkt der Beschäftigung mit Erinnerung ist somit die Tatsache, dass sich die Vergangenheitswahrnehmung der Menschen auf subjektive, immer wieder aktualisierte Vergangenheitsbilder stützt. Was Menschen mit ihrer Vergangenheit verbindet, sind nicht in erster Linie Erkenntnisse der Wissenschaft, sondern Bilder, die, mit Bedeutungen aufgeladen, jederzeit beschworen werden können, um sich einer Identität und Gruppenzugehörigkeit zu vergewissern.

Für die Beschäftigung mit Erinnerungskultur in Deutschland gilt nicht zuletzt, dass hier starke regionale Traditionen zu berücksichtigen sind, die ein kollektives Gedächtnis einzelner Regionen unterhalb der nationalen Ebene geprägt haben.² Die seit Jahren anhaltende Hochkonjunktur öffentlichen Gedenkens³ lässt sich im regionalen Rahmen mit zahlreichen Erinnerungsanlässen, Dokumentationen und Ausstellungen über Zerstörung und Wiederaufbau der Städte, mit dem Gedächtnis an Orte jüdischen Lebens, großen Jubiläen wie Stadtgründungen, Schul- und Vereinsjubiläen u. a. mehr belegen.

Schließlich ist davon auszugehen, dass es lokale Varianten gibt, die sich zwar in einen allgemeineren Zusammenhang einordnen lassen, die gleichwohl Spezifisches enthalten und in kleinräumige Besonderheiten eingebunden sind.⁴ Diese Überlegungen

¹ Etienne FRANÇOIS/Hagen SCHULZE (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001.

² Vgl. den Band der *Westfälischen Forschungen* 51 (2001).

³ Clemens WISCHERMANN, *Kollektive versus 'eigene' Vergangenheit*, in: DERS. (Hg.), *Die Legitimität der Erinnerung und die Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1996, S. 9–17.

⁴ Für Paderborn beispielsweise: Stadt Paderborn, Universität-Gesamthochschule Paderborn (Hg.), *Paderborn 1945–1955. Zerstörung und Aufbau*, Katalog zur Ausstellung in der Städtischen Galerie Paderborn vom 13.12.1987–31.1.1988, Paderborn 1987; Städtische Museen, Stadtarchiv, Volkshochschule Paderborn (Hg.), *Katalog zur Ausstellung vom 26.3.–25.6.1995 in der Städtischen Galerie am Abdinghof: Paderborn 1945. Leben im Nationalsozialismus und im Krieg*, Paderborn 1995; Klaus HIMMELSTEIN (Hg.), *Orts erkundung. Stätten der Nazi-Verfolgung in Paderborn*, Paderborn 1994; Margit NAARMANN, „Von ihren Leuten wohnt hier keiner mehr“. Jüdische

bildeten die Grundlage eines Hauptseminars im Wintersemester 2002/03 im Fach Geschichte an der Universität Paderborn. Damit die Einsichten nicht theoretisch blieben, sollten im Mittelpunkt des Seminars Erinnerungsorte in Paderborn stehen.⁵ Deshalb schlossen sich nach der Erarbeitung der Grundlagen Besuche im Stadtarchiv Paderborn an, das – wie alle Archive – selbst Erinnerungsort ist.

Ein Archiv kann allerdings nur dann als „Steinbruch“⁶ für studentische Arbeit auf dem weiten Feld von „Erinnerung und Gedächtnis“ genutzt werden, wenn die äußeren Gegebenheiten vorhanden sind und sich die dortigen Mitarbeiter auf die Mehrarbeit einlassen. Konkret bedeutete das für die Planung, dass bereits Wochen vor der Veranstaltung überlegt wurde, welche lokalen Paderborner Erinnerungsorte sich unter welchen Gesichtspunkten und mit welchem Material erarbeiten ließen. Es wurde für jeden Teilnehmer Archivmaterial zusammengestellt, so dass sogleich mit der Arbeit begonnen werden konnte. Auf Nachfrage und durch eigenständige Recherchen konnte im Laufe der Veranstaltung zusätzliches Material erschlossen werden. Insbesondere Herrn Müller vom Stadtarchiv Paderborn sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Zunächst waren lediglich einige Wochen Archivarbeit geplant. Nach gemeinsamer Absprache ist die Veranstaltung bis zu ihrem Ende im Stadtarchiv abgehalten worden. Es sind Arbeiten zu Krieger- und anderen Denkmälern, zu Schulen, Straßennamen, zu Ikonen Paderborner Erinnerungskultur wie Pauline von Mallinckrodt u. a. mehr entstanden.⁷ Gefragt wurde stets nach dem Entstehungszusammenhang sowie der Rezeption von Gedächtnisorten: Wie hat sich die Erinnerung an ein historisches Ereignis, eine Person, ein Denkmal u. a. mehr erhalten können, welche Facetten hat dieses Gedächtnis? Im Folgenden sei ein Ergebnis, Hanno Wilhelms Arbeit zum Berlin-Gedenkstein in Paderborn, vorgestellt.

Barbara Stambolis

Einleitung

Am 26. Juni 1959 beschloss der Rat der Stadt Paderborn die Errichtung eines Berlin-Gedenksteins, der die „Verbundenheit zur alten Reichshauptstadt dokumentieren“ sollte.⁸ So wurde in Paderborn ein Erinnerungsort an die Stadt Berlin geschaffen, die als geteilte und besetzte Stadt symbolisch für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die innerdeutsche Teilung stand. Der Paderborner Berliner-Stein ist wie in zahlreichen

Familien in Paderborn in der Zeit des Nationalsozialismus (Paderborner Historische Forschungen 7), Köln 1998.

⁵ Vgl. auch Lars REINKING, Das Mahnmal für die ehemalige Synagoge in Paderborn. Zu den Entscheidungsprozessen um einen Ort des Gedenkens im öffentlichen Raum, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn 15/1 (2002), S. 4–38.

⁶ Constanze CARCENAC-LECOMTE u. a. (Hg.), Steinbruch. Deutsche Erinnerungsorte, Frankfurt a. M. u. a. 2000.

⁷ Die Einzelergebnisse des Seminars sind auf einer CD festgehalten, die Marc Schüle erstellt hat.

⁸ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, Stadtarchiv Paderborn (StadtA PB).

anderen Gemeinden auch heute ein Erinnerungsort, der weitgehend unbeachtet scheint. Seine Errichtung spiegelt jedoch auf lokaler Ebene politische Strömungen und Ereignisse wider, die für das bundesrepublikanische Selbstverständnis insbesondere der 1950er und 1960er Jahre von zentraler Bedeutung waren. Die Teilung der Stadt und insbesondere der Aufstand des 17. Juni 1953 erfüllten die von Pierre Nora definierte Gemeinsamkeit aller Gedächtnisorte: „[...] ihre Wirkungskraft als Symbole und ihr – entscheidendes und doch zugleich ungreifbares – Gewicht für die Herausbildung der politischen Identität [...]“.⁹

Im Folgenden wird zunächst den lokalen Zusammenhängen der Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn nachgegangen; darüber hinaus sollen auch weitergehende geschichtspolitische Fragen in den Blick genommen werden. Wie genau kam es zu der Errichtung dieses Gedenksteins? Inwieweit kann ein solches Ereignis in der „Provinz“ überhaupt unabhängig von der politischen Lage der Nation/Gesellschaft gesehen werden? Ist das Paderborner Beispiel als typisch anzusehen, oder gibt es lokale Besonderheiten? Spielten in diesem Prozess größere Institutionen, die es sich zum Ziel gemacht hatten, eine bestimmte Erinnerung oder Idee wach zu halten, beispielsweise das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“, eine bedeutende Rolle? Haben Standort, Einweihungsdatum, geladene Gäste oder der beauftragte Künstler einen besonderen Bezug zu Berlin? War das Thema „Berlin“ in Paderborn auch sonst von Bedeutung oder war die Errichtung des Gedenksteins ein einmaliges Ereignis? Und was passierte zeitgleich in anderen Städten?

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn lässt sich von den ersten Beratungen im Stadtrat bis hin zu seiner Einweihung anhand von Akten im Stadtarchiv Paderborn und mit Hilfe der zeitgenössischen regionalen Zeitungsberichte nachzeichnen. Als besonders anregend für die Erhellung des historisch-politischen Kontextes erwiesen sich Edgar Wolfrums Untersuchungen zur Geschichte des 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik Deutschland.¹⁰ Auf eine weiter gefasste Rezeption der Fachliteratur zu den Themen 17. Juni 1953 und Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ wurde verzichtet, da in erster Linie die politischen Hintergründe, welche zur Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn führten, erschlossen werden sollen.

Der Berlin-Gedenkstein in Paderborn von der Planung bis zur Errichtung

Der Antrag, einen Berlin-Gedenkstein in Paderborn zu errichten, wurde im Rat erstmals am 26. Juni 1959 diskutiert.¹¹ Antragsteller war Aloys Schwarze, der in den Jahren 1953 bis 1964 und erneut von 1975 bis 1984 für die SPD im Rat der Stadt Paderborn

⁹ Pierre NORA, Vorwort, in: DERS., *Zwischen Gedächtnis und Geschichte*, Berlin 1990, S. 7–9, hier S. 7.

¹⁰ Edgar WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage: Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–89)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 382–411.

¹¹ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.



Gedenkstein in Arbeit, mit Josefthomas Brinkschröder, 1960
Quelle: Stadtarchiv Paderborn/Mietusch

saß. Schwarze war Leiter der Lokalredaktion der Freien Presse und nach deren Einstellung der Neuen Westfälischen. Als Begründung für seinen Antrag führte Schwarze an, die „Stadt Paderborn [solle] durch die Errichtung eines Berlin-Gedenksteines ihre Verbundenheit zur alten Reichshauptstadt dokumentieren.“ Als Standort schlug er das Westerntor vor, als Zeitpunkt der Enthüllung die kommende Herbst-Liboriwoche, die auch thematisch unter das Thema Berlin gestellt werden sollte. Außerdem könne „eine Straße in Paderborn nach Berlin benannt werden, zumal es auch in Berlin eine Paderborner Straße“ gäbe.¹²

Schwarzes Antrag fand grundsätzlich die Zustimmung der anderen Ratsmitglieder und des Bürgermeisters Christoph Tölle (CDU). Allerdings gab Ratsherr Heinrich Jüttemeyer (CDU) zu bedenken, die Kleinliboriwoche böte möglicherweise nicht „den passenden Rahmen für die Errichtung des Gedenksteins“, da Kleinlibori seiner Ansicht nach „mehr im Blickpunkt der engeren Heimat“ stehe. Anders als Schwarze sprach er sich für eine Aufstellung am Detmolder Tor als Ausfallsstraße nach Berlin aus. Um sich auch in der praktischen Berlin-Hilfe zu engagieren, beschloss die Mehrheit der Ratsmitglieder zusätzlich, eine Spende von 1.000 DM für das Kinderhilfswerk Berlin zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des

¹² Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.

Ratsherrn Schwarze wurde für weitere Beratungen an den Bauausschuss der Stadt Paderborn verwiesen.¹³

Im Lokalteil des Westfälischen Volksblatts vom 26. Juni 1959 waren der Berlin-Gedenkstein und die 1.000 DM Berlin-Hilfe die dominierenden Themen des Berichts über die Ratssitzung. Das Echo war durchweg positiv; der Berichterstatter untermauerte die Errichtung eines Berlin-Gedenksteins überdies mit dem Argument, „in zahlreichen Städten West-Deutschlands“ sei ein solcher schon verwirklicht worden.¹⁴ Dies macht deutlich, dass es sich bei der Errichtung eines Berlin-Gedenksteins in Paderborn nicht um ein singuläres Ereignis handelte, sondern dass Berlin-Gedenksteine in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland vielerorts aufgestellt wurden. Warum dies so war, wird im Folgenden noch zu untersuchen sein.

In der Sitzung des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juli 1959 trug Ratsherr Schwarze abermals seinen Antrag zur Errichtung des Berlin-Gedenksteins vor und schlug die Verkehrsinsel am Westerntor als Standort vor. Stadtoberbaurat Willi Schmidt dagegen hielt diesen Ort am Westerntor nicht für geeignet, „weil hier der Gedenkstein die Verkehrsteilnehmer ablenken würde.“¹⁵ Sein Vorschlag war eine Errichtung am Detmolder Tor, da es „der Lage nach und auch der Örtlichkeit nach die beste Möglichkeit biete“ und auch bei der „Umgestaltung des Detmolder Tors aus Verkehrsgründen [...] eine evtl. geringfügige Versetzung des Gedenksteines ohne große Kosten“¹⁶ möglich sei. In den Ausführungen Schmidts zeigt sich eine sehr pragmatische Haltung zur Aufstellung des Gedenksteins, in die sich auch sein zweiter Änderungsvorschlag gegenüber dem Antrag Schwarzes einfügt. So schlug der Stadtoberbaurat vor, der Berlin-Gedenkstein solle auch an die ehemals deutschen Ostgebiete erinnern, „zumal ein Antrag vom Bund der Vertriebenen Deutschen bereits vorliege.“¹⁷ Der Bauausschuss nahm nach eingehender Aussprache die Änderungsvorschläge des Stadtoberbau-rats Schmidt an und beschloss, die Errichtung des Gedenksteins schnellstmöglich in die Wege zu leiten.

Der Standort für das Denkmal am Detmolder Tor hatte neben den pragmatischen Überlegungen des Stadtoberbau-rates Schmidt sehr wohl auch politische Motive. Rats-herr Jüttemeyer wies bereits in der ersten Beratung im Rat darauf hin, das Detmolder Tor sei als Ausfallstraße nach Berlin der geeignetere Standort. Es handelt sich um die Bundesstraße 1, die quer durch Deutschland von Aachen über Paderborn nach Berlin und weiter in die vormals deutschen Ostgebiete führte. Da offenbar auch des „Ostens“ gedacht werden sollte, schien die Detmolder Straße als die damalige Hauptverkehrsli-

¹³ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.

¹⁴ Westfälisches Volksblatt vom 27. Juni 1959.

¹⁵ Protokoll des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juni 1959, StadtA PB.

¹⁶ Protokoll des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juni 1959, StadtA PB.

¹⁷ Protokoll des Paderborner Bauausschusses vom 16. Juni 1959, StadtA PB.



Der fertige Stein, 1960
Quelle: Stadtarchiv Paderborn/Ertmer

nie aus Paderborn heraus in Richtung Osten und nach Berlin der geeignete Standort für ein „Berlin- und Vertriebenenendenkmal“, wie es offiziell hieß, zu sein.

Auf einem Treffen begrüßte die „Schlesische Landsmannschaft“ den Beschluss, neben Berlin auch „der ostdeutschen Landesteile in gebührender Form zu gedenken.“¹⁸ In dem Artikel im Westfälischen Volksblatt über dieses Treffen wird deutlich, dass die Entscheidung des Paderborner Stadtrats für ein kombiniertes Denkmal möglicherweise deshalb beschlossen wurde, um dem Interessenverband der Ostvertriebenen entgegenzukommen. Wörtlich heißt es in diesem Zusammenhang: „Pader-

born als eine der wenigen größeren Städte im Bundesgebiet, die sich bisher nicht in die Reihe der Patenstädte für ostdeutsche Städte oder Kreise eingetragen hat, erfüllt damit [...] etwas, was von den ostdeutschen Neubürgern als Geste des Verständnisses und des Mittragens dankbar anerkannt wird.“¹⁹ Mit dem kombinierten Gedenkstein konnte der Stadtrat so sein Engagement für die Interessen der Ostvertriebenen unterstreichen, ohne einen extra Gedenkstein zu bauen, durch den zusätzliche Kosten auf den Stadthaushalt zugekommen wären.

Der Künstler, der mit der Gestaltung des „Berlin- und Vertriebenenendenkmals“ beauftragt wurde, war der Paderborner Bildhauer Josefthomas Brinkschröder. Er hatte

¹⁸ Westfälisches Volksblatt vom 28. Oktober 1959.

¹⁹ Westfälisches Volksblatt vom 28. Oktober 1959.

zwischen 1934 und 1940 in Berlin gelebt und an der Hochschule für freie und angewandte Kunst in Berlin-Charlottenburg als Meisterschüler von Ludwig Gies studiert.²⁰ Somit gab es eine persönliche Verbindung zwischen dem Künstler und Berlin. Das Westfälische Volksblatt wies anlässlich der Einweihung des Gedenksteins darauf hin, man habe sogar in Erfahrung gebracht, dass Brinkschröder in Berlin den Spitznamen „Der Bär“ getragen habe und jetzt „der Paderborner ‘Bär’ einen Berliner Bären schaffen“ durfte.²¹ Wichtiger als dieser Bezug Brinkschröders zu Berlin wird für seine Beauftragung aber gewesen sein, dass er ein angesehener lokaler Künstler war, der bereits Kunstwerke für die Stadt geschaffen hatte, so z. B. für das Paderborner Rathaus das Geländer im Treppenhaus (1953), die drei Glasschliff-Fenster „Kaiser – Bischof – Hanse“ (1954) und die Türen des Hauptportals (1958). Insgesamt befinden sich in Paderborn 15 seiner Kunstwerke in öffentlichem Besitz. Mit Brinkschröder scheint die Stadt Paderborn also einen Künstler mit der Gestaltung des „Berlin- und Vertriebenenkmals“ beauftragt zu haben, mit dem man in der Vergangenheit positive Erfahrungen gemacht hatte und der als ortsansässiger Künstler der vornehmlich regionalen Bedeutung des Projekts gerecht wurde.

Brinkschröders erste Entwürfe für den Gedenkstein fanden gleichwohl im Kultur Ausschuss der Stadt Paderborn keine Zustimmung. Auch Änderungsvorschläge stießen auf Ablehnung; es sollte „eine stilisierte Form“²² angestrebt werden. Bei der Wahl des Steins waren sich der Künstler und der Kulturausschuss ebenfalls uneins: Brinkschröders Modell sah einen harten Porphyr-Stein vor, wogegen sich der Kulturausschuss für eine „im Hinblick auf das Material [...] einfachere Lösung“²³ aussprach. Damit meinte man wohl einen weicheren Stein, dessen Bearbeitung weniger aufwendig und somit weniger teuer für den Stadthaushalt war. Schließlich wählte Brinkschröder einen rötlich schimmernden Quarzsandstein, ein weit verbreitetes und häufig als Werkstein verwendetes Material.

Der Gedenkstein in seiner realisierten Fassung ist ca. 2,50 m hoch und ca. 80 cm breit. Er zeichnet sich durch seine detaillierte Gestaltung aus. Die Form des Steins ist vom Adler, dem Symbol Deutschlands, bestimmt, der aber erst bei längerer Betrachtung erkennbar wird. Vor allem der Kopf des Vogels im oberen Teil mit seinem Schnabel und Auge, welches als Loch dargestellt ist, ist auszumachen. Im Zentrum des Steins befindet sich der Berliner Bär, der leicht erhobene Blick ist nach links gerichtet. Seine Figur ist aus dem Stein herausgearbeitet und nur durch einen nach oben offenen Kranz, welcher die Schwingen des Adlers andeutet und auch die Arme des Bären beinhaltet, verbunden. Der Bär steht auf einem Sockel, auf den in großen Buchstaben der

²⁰ Michael ASSMANN/Karl Josef SCHWIETERS, Art. Brinkschröder, Josefthomas, in: DIES./Friederike STEINMANN (Hg.), Paderborner Künstlerlexikon, Paderborn 1994, S. 40–44.

²¹ Westfälisches Volksblatt vom 26. Oktober 1960.

²² Kulturamtsprotokoll der Stadt Paderborn vom 1. Februar 1960, StadtA PB.

²³ Kulturamtsprotokoll der Stadt Paderborn vom 1. Februar 1960, StadtA PB.

Name „Berlin“ eingemeißelt ist. Links und rechts neben dem Bären befinden sich auf der Vorderseite Darstellungen von jeweils drei mit Namenszug gekennzeichneten Städten, deren Wahrzeichen in Form ihrer Kirchen abgebildet sind. Auf der linken Seite des Bären sind dies von oben nach unten Aachen, Köln und Paderborn. Auf der rechten Seite von unten nach oben Breslau, Danzig und Königsberg. Auf der Rückseite ist der Stein mit einer großen Zahl von stilisierten Menschen bedeckt, die sich um den Berliner Bären scharen, der im Zentrum der Versammelten steht.

Die Symbolik des Gedenksteins liegt auf mehreren Ebenen. Berlin wird in Form des Bären als das Zentrum Deutschlands dargestellt, ein Eindruck, der durch die Beschriftung des Sockels mit dem Berlin-Schriftzug noch verstärkt wird. Die Deutschen, dargestellt durch die Massen auf der Rückseite des Steins, sind eng mit dem Schicksal Berlins verknüpft bzw. nehmen Anteil daran. Auch die Wahl der Städte auf der Vorderseite ist keineswegs zufällig. Sie erinnert an die bereits erwähnte Bundesstraße 1, die von Aachen über Köln und Paderborn nach Berlin und weiter nach Königsberg führte. Die Städtesymbole zeichnen so entgegen dem Uhrzeigersinn diese Verbindung von West nach Ost nach. So gelingt es Brinkschröder auch, eine Verbindung zwischen Paderborn, Berlin und den ehemaligen deutschen Ostgebieten herzustellen. Die drei Städtesymbole auf der rechten Seite des Berliner Bären erfüllen weiterhin die Aufgabe des Gedenkens an das Schicksal der alten Ostgebiete und der Vertriebenen. Auffällig ist, dass bei der Wahl der Städtesymbole auf DDR-Städte verzichtet wurde. Möglicherweise spiegelt sich dieser Aspekt der deutschen Teilung aber bereits ausreichend in dem Gedenken an das zweigeteilte und besetzte Berlin.

Der „Berlin- und Vertriebenengedenkstein“ wurde in der Herbstliboriwoche 1960 feierlich enthüllt. Der Termin der Enthüllung entsprach dem Antrag Schwarzes im Rat der Stadt, war jedoch, wie bereits erwähnt, nicht unumstritten. Und tatsächlich hätten die jährlich stattfindenden Gedenkfeiern zum 17. Juni 1953, dem „Tag der deutschen Einheit“, einen nahe liegenden Termin für die Einweihung geboten. Gab es bis 1956 zunächst kaum Berichte über Aktivitäten zum 17. Juni in Paderborn, nahmen die Berichte über Gedenkfeiern ab 1956 durch Verbände und Parteien wie „Kolping“ und die „Junge Union“ zu.²⁴ Seit 1958 wurde dieser Tag alljährlich mit einer großen überparteilichen Kundgebung vor dem Paderborner Rathaus begangen, die jedes Jahr mit viel Aufwand im Kulturausschuss der Stadt geplant wurde. Im Jahre 1960 wurde z. B. ein Theaterstück mit dem vielsagenden Titel „Romeo und Julia in Berlin“ aufgeführt. Der 17. Juni als Einweihungstermin für ein Berlin-Denkmal war so nahe liegend, dass das Westfälische Volksblatt in seiner Ausgabe vom 7. Juni 1960 fälschlicherweise die Enthüllung des Steins für eben jenes Datum ankündigte.²⁵ Auf dem Foto, das die Zeitung zu dieser Ankündigung abdruckte, ist der noch unvollendete Stein zu sehen. Als

²⁴ Westfälisches Volksblatt jeweils die Ausgaben des 16.–18. Juni in den Jahren 1953–1960.

²⁵ Westfälisches Volksblatt vom 7. Juni 1960.

Grund dafür, dass der Stein nicht am 17. Juni 1960 eingeweiht wurde, ist anzunehmen, dass er nach den Querelen zwischen Kulturausschuss und Künstler einfach nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte. Allerdings finden sich in den Protokollen der entsprechenden Ausschüsse keine Hinweise darauf, dass der Rat der Stadt Paderborn jemals von den Vorschlägen des Ratsherrn Schwarze, den Stein in der Herbstliboriwoche zu enthüllen, abgerückt war.

Beim Westfälischen Volksblatt tat man sich auch vier Monate später, zur tatsächlichen Aufstellung des Gedenksteins noch schwer, einen Bezug zwischen Herbstlibori und dem Berlin-Gedenkstein herzustellen: „Herbst-Libori, das seinen Ausgang genommen hat von der kirchlichen Feier der Rückführung der vom Tollen Christian geraubten Gebeine des Hl. Liborius (1627), die später mit einem Jahrmarkt verbunden wurde, ist ein Heimat- und Volksfest. Weil dies so ist, könnte man auf den ersten Blick glauben, die Enthüllung eines Berlin-Gedenksteines sprengte den Rahmen dieser Festwoche; in Wirklichkeit aber verträgt sich der künstlerische Wegweiser sehr wohl mit der Tradition unseres kirchlich-weltlichen Volksfestes; denn dieser Stein erinnert uns daran, daß in Berlin auch die Freiheit unserer Heimat auf dem Spiel steht, einer Freiheit, die jeder Landschaft ihre Eigenart läßt und in der allein religiöses Brauchtum und die reine Daseinsfreude am Jahrmarkt zusammenklingen können.“²⁶

Dieser missglückte Versuch, eine Verknüpfung zwischen Herbstlibori und der Errichtung des Berlin- und Vertriebenengedenksteins zu konstruieren, zeigt, dass es



Einweihung, rechts: Bürgermeister Christoph Tölle, 1960.
Quelle: Stadtarchiv Paderborn/Mietusch

höchstwahrscheinlich keine echte Verbindung gab. Somit scheint der Tag der Einweihung, der 25. Oktober 1960, zufällig und in keinem kausalen Zusammenhang mit einem konkreten politischen Ereignis zu stehen. Dennoch wurde der Gedenkstein in einer größeren Zeremonie feierlich enthüllt, die ein großes Echo in der Regionalpresse fand. So berichteten die Westfalenpost und das Westfälische Volksblatt in ihren Ausgaben vom 26. Oktober in halbseitigen Artikeln über die Geschehnisse. Bei der Enthüllung waren u. a. die Mitglieder des Rates, des Kulturausschusses, zahlreiche Vertreter der Vertriebenenverbände und des Berliner Vereins sowie mehrere Schulklassen anwesend. Bürgermeister Tölle hielt eine „kurze festliche Ansprache, die spürbar durchdrungen war von jener warmen und tiefen Sympathie, die uns alle im Hinblick auf das ‘Schicksal Berlin’ bewegt.“²⁷ Tölle betonte dabei besonders die Bedeutung des Detmolder Tores als Ausfallstraße in Richtung Berlin und knüpfte so eine Verbindung zwischen Paderborn und der alten Reichshauptstadt. Er erinnerte an die harte Zeit der Berlin-Blockade und die große Bedeutung Berlins im zweigeteilten Deutschland. Abschließend brachte Tölle die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Zeit nicht mehr fern sei, da Berlin wieder Hauptstadt eines einigen, in Freiheit lebenden Deutschlands sei.²⁸ Vor der Enthüllung durch Bürgermeister Tölle war der Stein mit der Flagge der Bundesrepublik Deutschlands bedeckt gewesen. Zum Abschluss der Zeremonie sang man dann gemeinsam die dritte Strophe des Deutschlandliedes. Sowohl diese Symbolik als auch der Inhalt der Rede zeigen, dass die Einweihung des Berlin-Gedenksteins mehr als nur ein Zeichen der Verbundenheit mit der zweigeteilten Stadt war. Es scheint auch eine Feier der Bundesrepublik Deutschland und des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses in Abgrenzung zur DDR gewesen zu sein.

Neben der Einweihung des Gedenksteins fanden 1960 in Paderborn noch einige andere Aktionen zum Thema „Berlin“ statt. So standen die Paderborner Kulturtag im Frühjahr 1960 unter dem Motto „Paderborn sieht Berlin“. Der Kump widmete den Kulturtagen und Berlin seine Novemberausgabe, in der z. B. der Berliner Autor Hans Scholz über die Lesung aus seinen Büchern „Am grünen Strand der Spree“ und „Berlin, jetzt freue dich“ berichtete.²⁹ In einem anderen Bericht beschreibt Professor Otto Wahrlich seine Eindrücke von Paderborn, die er im Rahmen seines Vortrags über „Geist, Witz und Herz des Berliners im Spiegel der Berliner Literatur“ während der Kulturtag gehabt habe.³⁰ Die Titelseite der Ausgabe ziert eine Zeichnung von Brinkschröders Berlin-Gedenkstein. Weiterhin wurde 1960 die „Londoner Straße“ in Schloss Neuhaus in „Berliner Straße“ umbenannt, was 1976 allerdings wieder rückgän-

²⁷ Westfälisches Volksblatt vom 26. Oktober 1960.

²⁸ Westfalenpost vom 26. Oktober 1960.

²⁹ Hans SCHOLZ, Paderborn – mit Berliner Augen gesehen, in: Der Kump: Paderborner Monatsschau 7, 11/1960, S. 2f.

³⁰ Otto WAHRLICH, Erinnerungen an Paderborn, mit Johannisbeersaft, in: Der Kump: Paderborner Monatsschau 7, 11/1960, S. 4f.

gig gemacht wurde. Da gab es aber in Paderborn bereits den „Berliner Ring“ (1966), der diesen Namen bis heute trägt. Die Straßenumbenennung geht möglicherweise auf den Vorschlag des Rats Herrn Schwarze zurück, der diesen bei seinem Antrag zum Berlin-Gedenkstein unterbreitete.³¹ Auf die Spende an das Kinderhilfswerk Berlin und die seit 1958 alljährlichen stattfindenden großen Kundgebungen zum 17. Juni 1953 wurde bereits eingegangen. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn keine einmalige Aktion darstellte, sondern das Thema Berlin in Paderborn auch sonst eine gewisse Rolle spielte.

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn in ihrem historischen Kontext

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn ist im historischen Kontext der deutschen Teilung und des 17. Juni 1953 zu sehen. Dass dieses Datum eng mit dem Gedenken an Berlin verknüpft war, zeigt bereits die Tatsache, dass das Westfälische Volksblatt die Errichtung des Paderborner Gedenksteins fälschlicherweise für den 17. Juni 1960 angekündigt hatte.³² Demnach scheint die Bedeutung des 17. Juni 1953 in den 1950er und frühen 1960er Jahren für die Bundesrepublik über die Bedeutung der Ereignisse des niedergeschlagenen Aufstandes hinauszugehen. Kurz skizziert war der Verlauf des Aufstandes folgender: Am 16. Juni 1953 protestierten einige hundert Bauarbeiter in Ostberlin gegen den „Neuen Kurs“ der SED, der für sie eine Erhöhung der Arbeitsnormen bei gleich bleibendem Lohn vorsah. Der Protestzug in das Regierungsviertel schwoll schnell an und Streiks breiteten sich zunächst in Berlin aus. Am 17. Juni 1953 brach ein Aufstand in der gesamten DDR als Folge von lange aufgestauter Unzufriedenheit mit dem Regime aus. Der Aufstand, an dem sich nach verschiedenen Quellen bis zu einer Millionen Menschen beteiligt haben sollen, wurde von der Roten Armee und der Volkspolizei der DDR blutig niedergeschlagen.³³

Die unmittelbaren und zeitnahen Reaktionen in der Bundesrepublik auf den Aufstand sind ebenso wie die vielschichtigen Nuancen, mit denen der 17. Juni in der Folgezeit geschichtspolitisch bedeutsam wurde, ein Thema für sich. In Zeitungsartikeln aus den Tagen, die dem 17. Juni 1953 folgten, wurden die Ereignisse etwa mit dem Sturm auf die Bastille 1789 in Beziehung gesetzt: in beiden Fällen sei das Streben des Volkes nach Freiheit zum Ausdruck gekommen.³⁴ So boten die dramatischen Ereignisse des 17. Juni 1953 denn auch eine wichtige Legitimation für den westdeutschen Teil-

³¹ Ratsprotokoll Paderborn vom 26. Juni 1959, StadtA PB.

³² Westfälisches Volksblatt vom 7. Juni 1960.

³³ Einen guten Überblick über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen sowie viel Archivmaterial zum 17. Juni 1953 bietet die von der Bundeszentrale für politische Bildung/bph, dem DeutschlandRadio und dem Zentrum für zeithistorische Forschung, Potsdam e. V. zum 50. Jahrestag des Aufstandes eingerichtete Homepage: www.17juni53.de.

³⁴ Edgar WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 388.

staat, der bis dato kaum an Traditionen anknüpfen konnte. Bereits am 3. Juli 1953 beschloss der Bundestag die Einführung eines Feiertags zum Gedenken an den Juni-Aufstand in der DDR, den „Tag der deutschen Einheit.“ Alle Parteien im Bundestag bis auf die Kommunisten stimmten für dieses Gesetz, allerdings hatten die politischen Richtungen durchaus verschiedene Deutungsmuster der Ereignisse.³⁵

Die SPD sah den 17. Juni als Aufstand der Arbeiterklasse, der sich nicht nur gegen die politische Führungsspitze der DDR gerichtet habe, sondern auch als Auflehnung gegen Konrad Adenauers Politik der Westintegration zu verstehen sei. Diese Sichtweise manifestierte sich in den Diskussionen um die Wiederbewaffnung, um den Vertrag über die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ sowie um die Ablehnung der Stalin-Note vom März 1952 durch die Regierung Adenauer. Durch den Aufstand sah sich die SPD in ihrem Kurs, der Wiedervereinigung Deutschlands höchste Priorität einzuräumen, bestätigt.

Die Liberalen dagegen sahen den Aufstand als Erbe des freiheitlich-demokratischen Nationalverständnisses der Revolution von 1848. In ihren frühen Gedenkfeiern zum 17. Juni versuchten Vertreter der FDP gar die germanisch-protestantische Leitvorstellung des Kaiserreiches wieder zu beleben, indem man nächtliche Großkundgebungen am Denkmal Hermann des Cheruskers abhielt. In den Augen der FDP handelte es sich beim 17. Juni 1953 nicht um einen Arbeiteraufstand, sondern um eine echte Volkserhebung.

Der in der öffentlichen Meinung verbreitete Antikommunismus jener Jahre erhielt durch die Ereignisse neue Nahrung. Bundeskanzler Konrad Adenauer und weite Teile der CDU sahen sich in ihrem Kurs der Westintegration bestätigt und trieben diese weiter voran. Sie deuteten den 17. Juni 1953 als eine Art nachgeholte bürgerliche Revolution. Die CDU war gleichsam der politische Gewinner des Aufstandes, wie in den Ergebnissen der stark unter dem Eindruck der Ereignisse des 17. Junis stehenden Wahlen zum 2. Bundestag vom September 1953 deutlich wurde. Die Partei von Bundeskanzler Adenauer legte um fast 15% zu (1949: 31%; 1953: 45,2%) und gewann die absolute Mehrheit der Sitze, während die Stimmen der SPD fast unverändert knapp unter 30% lagen und die Liberalen 2,5 Prozentpunkte verloren, d. h. lediglich auf 9,5% der Stimmen kamen.

Ein Ergebnis des Aufstandes vom 17. Juni 1953 war, dass der antikommunistische Grundkonsens in der Bundesrepublik gefestigt wurde und den nationalen Grundkonsens ablöste, was zur Festigung des „Provisoriums Bundesrepublik“ führte.³⁶ In den 1950er Jahren stand der 17. Juni 1953 für dreierlei: zunächst vor allem für die geschichtliche Rehabilitation der deutschen Nation, sodann für das von den Alliierten verordnete und den Deutschen erlittene ‘Unrecht’ der Spaltung des Bismarckreiches

³⁵ Die verschiedenen Deutungsmuster des 17. Juni 1953 bei WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 390–395.

³⁶ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 395.

und schließlich, gemeinsam mit dem 20. Juni 1944, als Beweis für die antiautoritäre Gesinnung der Deutschen.³⁷

Mit dem Scheitern der Berliner Vierer-Konferenz zur Deutschlandfrage 1954 wurde mehr und mehr deutlich, dass die durch den 17. Juni geschürte Hoffnung einer baldigen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eine trügerische gewesen war. Als Reaktion darauf wurde 1954 das überparteiliche Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ gegründet, dessen Ziel es nach den Vorstellungen des Initiators Jakob Kaiser war, eine „Volksbewegung für die Wiedervereinigung“ zu sein und der auf ganzjährige plebiszitäre Aktivitäten setzte.³⁸ Das Kuratorium war von großer Bedeutung für die Inszenierung des Gedenkens an den 17. Juni 1953;³⁹ es war in den 1950/60er Jahren in fast jeder mittleren oder größeren Gemeinde vertreten. In Paderborn war 1962 die Gründung eines Ortskuratoriums als Reaktion auf den Schock des Mauerbaus geplant. In der Einladung zum Gründungstreffen heißt es im Kump: „Gerade nach dem 13. August 1961 ist es wichtig, die Aufgabe des Kuratoriums, ‘den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken’, durchzuführen. [...] Gerade jetzt im Schatten der Mauer muß alles getan werden, um eine Erstarrung der gegenwärtigen Teilung und die Festigung des kommunistischen Imperialismus in Deutschland zu verhindern.“⁴⁰ Und in der Warte heißt es zur Gründung des Ortskuratoriums: „Jede Möglichkeit, dem Ziel der Wiedervereinigung einen Schritt näherzukommen, muß genutzt werden, auch wenn diese Möglichkeit noch so klein ist.“⁴¹

In beiden Ankündigungen scheint eine gewisse Hoffnungslosigkeit betreffend des Zieles der Wiedervereinigung durch – sie klingen wie Durchhalteparolen in einem längst verlorenen Kampf. Es blieb bei diesen Ankündigungen der Gründung: das Paderborner Ortskuratorium „Unteilbares Deutschland“ wurde erst 1982 gegründet, zu einem Zeitpunkt, als die Bedeutung des Vereins längst nicht mehr die war wie in den 1950/60er Jahren. Denn mit dem Mauerbau und der damit verbundenen Zementierung der deutschen Teilung erlebte das Kuratorium zwar noch einmal einen großen Zulauf und war 1962 auf dem Höhepunkt seines Einflusses, spätestens aber mit der neuen Ostpolitik Brandts und der Anerkennung der DDR verlor es rapide an Bedeutung.

Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ war zwar überparteilich, galt aber im Wesentlichen als Sammelbecken der deutschlandpolitischen Feinde Adenauers oder

³⁷ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 403.

³⁸ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 397.

³⁹ Z. B. gab es eine große Plakataktion, die unter der Schlagzeile „17. Juni“ einen in Stacheldraht gefangenen stilisierten Menschen mit um Hilfe rufenden, erhobenen Armen zeigt. In der Fußzeile des Plakats steht der Name des Vereins, „Unteilbares Deutschland“, vgl. www.hdg.de/final/deu/page151.htm.

⁴⁰ Jan Jürgen BEEKING, *Unteilbares Deutschland*, in: *Der Kump. Paderborner Monatsschau* 9, 6/1962, S. 14–15.

⁴¹ *Unteilbares Deutschland* in: *Die Warte* 7, 1962, S. 110.

auch als „linker“ Verein.⁴² Wolfrum unterscheidet drei Stoßrichtungen der Aktivitäten des Kuratoriums: „die Gestaltung sozialer Räume durch historische Orientierungszeichen; virtuelle nationale Vergemeinschaftung durch symbolische Politik; und Lebendighalten nationaler Gedächtnisorte.“⁴³ Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn lässt sich der ersten Kategorie zuordnen. Es handelte sich dabei um keinen Einzelfall, sondern es wurden Hunderte von Mahnmalen und Gedenksteinen in ganz Deutschland aufgestellt. Wie auch in Paderborn wurden Straßen auf Initiative des Kuratoriums umbenannt (das berühmteste Beispiel ist die „Straße des 17. Juni“ in Berlin). Auch Berlin-Wochen, wie sie im Frühling 1960 in Paderborn stattgefunden haben, waren an der Tagesordnung. So berichtete das Westfälische Volksblatt in der gleichen Woche, in der in Paderborn die Errichtung des Gedenksteins vorgenommen wurde in einem längeren Artikel mit dem Titel „In Wien drehte sich alles um Berlin“ über eine Berlin-Woche in der österreichischen Hauptstadt, an der auch Berlins regierender Bürgermeister Willy Brandt teilnahm.⁴⁴ Dies zeigt, dass die Veranstaltungen und Solidaritätsbekundungen für Berlin sogar über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgingen. Im Vergleich mit der Woche in Wien war die Errichtung des Gedenksteins in Paderborn nur von regionaler Bedeutung, brachte aber ähnliche Mahnungen und Hoffnungen zum Ausdruck. So heißt es wörtlich: „Bei allen Bemühungen, den Wienern die besondere Lage Berlins vor Augen zu führen, waren die Vertreter des Westberliner Senates bestrebt zu vermeiden, daß bei ihren Gesprächspartnern der Eindruck entsteht, daß Berlin eine Sache für sich und ein isoliertes und lokales Problem sei. Es ging ihnen darum darzutun, daß die Berlin-Frage gleichbedeutend mit der Deutschlandfrage ist, und daß Berlin für das Prinzip der Freiheit und der Selbstbestimmung steht.“⁴⁵

Insgesamt war die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn also in vielerlei Hinsicht typisch für die Aktivitäten des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“. Auch die Tatsache, dass der Antrag auf die Errichtung eines Berlingedenksteines in Paderborn aus der SPD-Fraktion kam, passt in das Bild des Kuratoriums. Wie erwähnt sammelten sich in dem Verein diejenigen, die das Ziel der Wiedervereinigung über das Ziel der Westintegration stellten oder diese gar als kontraproduktiv für eine schnelle Lösung der deutschen Frage ansahen. Bis 1960 war dies die offizielle Position der SPD.⁴⁶ Somit verwundert es nicht, dass Aloys Schwarze, der den Antrag auf die Er-

⁴² WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 397.

⁴³ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 398.

⁴⁴ Westfälisches Volksblatt vom 20. Oktober 1960.

⁴⁵ Westfälisches Volksblatt vom 20. Oktober 1960.

⁴⁶ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 402, datiert die Abkehr von dieser Politik und die endgültige Akzeptanz der Westbindung der Bundesrepublik auf eine Bundestagsrede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960.

richtung des Paderborner Berlin-Gedenksteins gestellt hatte, der SPD angehörte.⁴⁷ Mit der politischen und religiösen Ausrichtung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ lässt sich möglicherweise auch erklären, warum in Paderborn bis 1982 nie ein Ortskuratorium gegründet wurde. Erstens war Paderborn politisch eine Hochburg der CDU, in der es ein SPD-naher Verein wie das Kuratorium traditionell schwer gehabt haben dürfte. Zweitens war der überwiegende Anteil der Paderborner Bevölkerung katholisch, und das Kuratorium war stark von protestantischen Kreisen beeinflusst, die danach trachteten, die „Ersatzlösung Bundesrepublik“ zu überwinden und die „unter kommunistischem Terror gehaltenen Deutschen Protestanten“ zu befreien.⁴⁸ Insgesamt bot Paderborn also denkbar schlechte Bedingungen für das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“, so dass es zur Zeit seiner politischen Blüte nicht zu einer Gründung eines Ortskuratoriums kam.

Mit dem Mauerbau 1961 änderte sich auch die Wahrnehmung des 17. Juni 1953, der nun zusehends als „gescheiterte Revolution“ gesehen wurde. Mit der zunehmenden Festigung der deutschen Teilung und mehr noch mit deren Anerkennung durch die neue Ostpolitik Willy Brandts änderte sich auch die Rolle des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, das zwar weiterhin bestand, aber politisch rapide an Bedeutung verlor.⁴⁹ Zur Zeit der Planung und der Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn 1959/60 war die politische Konstellation aber noch relativ ungebrochen die der 1950er Jahre.

Resümee

Die Errichtung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn war keineswegs ein singuläres Ereignis, sondern war Teil einer bundesweit angelegten Kampagne, die es sich zum Ziel gemacht hatte, das Gedenken an Berlin und den verlorenen Nationalstaat aufrechtzuerhalten, und so das Ziel der Wiedervereinigung lebendig zu halten. Wirklich erfassen kann man die Bedeutung des Berlin-Gedenksteins in Paderborn also erst aus der bundes- und deutschlandpolitischen Lage der 1950er Jahre heraus, insbesondere im Zusammenhang mit dem Wirken des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland.“ In dem Prozess seiner Entstehung bietet der Berlin-Gedenkstein in Paderborn viel Typisches für das Wirken des Kuratoriums, so z. B. die Art des Gedenkens mit Mahnmahl, einer Straßenumbenennung und Kulturtagen unter dem Motto Berlin. Es lassen sich auch durchaus regionale Besonderheiten erkennen, wie z. B. die Einweihung des Steins wäh-

⁴⁷ Leider ließ sich nicht feststellen, ob Schwarze selbst Mitglied des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ war oder ob er an der geplanten Gründung des Paderborner Ortskuratoriums beteiligt war. Dass er zumindest den Zielen des Kuratoriums zugeneigt war, ist aber anzunehmen.

⁴⁸ WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 399.

⁴⁹ Zur weiteren Entwicklung der Wahrnehmung des 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik siehe WOLFRUM, *Geschichtspolitik und Deutsche Frage*, S. 403–411.

rend des für Paderborn nach Libori zweitwichtigsten Jahresfesthöhepunktes, des Kleinlibori-Festes, oder die marginale Bedeutung des Kuratoriums in Paderborn.

Bei der Planung des Gedenksteins in Paderborn ist ein sichtbares Bemühen um einen Bezug zu Berlin zu erkennen. Beispiele dafür sind der Standort am Detmolder Tor, möglicherweise der beauftragte Künstler und die Paderborner Kulturtage mit ihren Berliner Gästen. Insgesamt aber scheinen pragmatische Überlegungen überwogen zu haben, insbesondere wenn es um finanzielle Fragen ging. Symptomatisch dafür ist die Kombination des Denkmals mit dem Gedenken an das Schicksal der Ostvertriebenen oder die Kontroverse um die Gestaltung des Steines. Schließlich wird in zahlreichen Details erkennbar, dass Gedächtnis und Erinnerung stets „Konstruktion“ ist, wie die Formel, in Paderborn habe „der Paderborner ‘Bär’ einen Berliner Bären (ge)schaffen“, deutlich wird.